



**PRESSEMITTEILUNG**

Nr.399/GP

21.12.2023

**Gerlach fordert von Bundesregierung mehr Klarheit bei  
Krankenhausreform - Bayerns Gesundheitsministerin kritisiert  
Verzögerungstaktik von Lauterbach**

**Bayerns Gesundheitsministerin Judith Gerlach** hat von der Bundesregierung mehr Klarheit bei der geplanten Krankenhausreform gefordert. Gerlach kritisierte am Donnerstag anlässlich eines aktuellen Antwortschreibens von Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach an die Gesundheitsministerkonferenz: „Eigentlich hatte Lauterbach angekündigt, bis Anfang Dezember seine schriftlichen Änderungen am Arbeitsentwurf des sogenannten Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetzes vorzulegen, damit die Länder diese bewerten und darüber beraten können. Das ist leider nicht geschehen. Stattdessen hat er nun angekündigt, zunächst das Ergebnis des Vermittlungsausschusses zum Krankenhaustransparenzgesetz abzuwarten.“

Gerlach betonte: „Im Klartext heißt das, wir müssen warten. Für die Länder, aber auch für alle anderen Akteure des Gesundheitswesens ist nicht absehbar, wann es mit der Reform weitergeht. Auch ist angesichts dieser Verzögerungstaktik völlig unklar, ob Herr Lauterbach nun endlich auf die Forderungen der Länder eingeht oder uns wieder einen unzureichenden Entwurf vorlegen wird – wie zuletzt.“

Bund und Länder hatten am 23. November in Berlin über die Krankenhausreform beraten. Dabei hatte Lauterbach zur Verärgerung vieler Ländervertreter nur mündlich entscheidende Punkte vorgestellt, aber keine schriftliche Arbeitsgrundlage zur eingehenden Bewertung der Länder vorgelegt. Zudem hatten die Länder am 24. November im Bundesrat zum Krankenhaustransparenzgesetz den Vermittlungsausschuss angerufen.

Gerlach erklärte: „Nach wie vor sind in dem gegenwärtigen Arbeitsentwurf viele Fragen offen. Zu den zentralen Anliegen Bayerns gehört eine fundierte Auswirkungsanalyse. Vor allem aber werden wir uns weiter dafür einsetzen, dass die Planungshoheit für die Krankenhäuser bei den Ländern bleibt und nicht durch die Hintertür über die Definition von Leistungsgruppen in Berlin ausgehebelt wird.“

Die Ministerin ergänzte: „Außerdem brauchen wir weiterhin ein Soforthilfeprogramm zur finanziellen Stabilisierung der Krankenhäuser. Wenn die Bundesregierung nicht rasch hilft, droht eine Pleitewelle, noch bevor die



Krankenhausreform Wirkung entfalten kann. Das kann niemand wollen, der ernsthaft das Wohl der Patientinnen und Patienten im Sinn hat.“

Gerlach sagte: „Wir haben in einer gemeinsamen Bundesratsinitiative mit anderen Ländern fünf Milliarden Euro für die Krankenhäuser gefordert sowie eine Anpassung der Vergütungsregelungen, damit Kostensteigerungen künftig vollständig und zeitnah refinanziert werden können. Der Bundesrat hat sich dieser Forderung mit großer Mehrheit angeschlossen.“